



AFP / DPA

Kontrolle der Militärs. Doch die Streitkräfte sind auf den Katastropheneinsatz kaum vorbereitet. Es fehlen Lastwagen, um die inzwischen aus vielen Ländern eintreffenden Hilfsgüter zu den Opfern zu bringen. Vor allem auf dem Land treiben marodierende Banden ihr Unwesen. Guerilla und Paramilitärs haben bislang weitgehend auf Gewaltaktionen in der Katastrophenregion verzichtet: Sie fürchten einen Image-Schaden bei den Friedensverhandlungen mit der Regierung.

RUSLAND Tricks um Jelzin-Nachfolge

Rußlands Premier Jewgenij Primakow, 69, macht sich für ein innenpolitisches Stillhalteabkommen in dem krisengeschüttelten Land stark: 17 Monate lang, bis zur Wahl eines Jelzin-Nachfolgers im Sommer kommenden Jahres, sollen Parlament und Präsident ihren Dauerstreit stornieren und freiwillig „vorübergehend auf die Ausübung eines Teils ihrer verfassungsmäßigen Rechte verzichten“. Gelänge der Pakt, dürfte die Staatsduma in diesem Zeitraum weder Amtsenthebungsverfahren gegen das Staatsoberhaupt betreiben noch der Regierung das Vertrauen entziehen. Gleichzeitig soll sich der Präsident verpflichten, weder das Parlament aufzulösen noch sein Kabinett zu entlassen. Boris Jelzin, wieder tief in die Krankheit abgetaucht, wurde vom Primakow-Vorstoß zwar überrumpelt, konnte aber mit Mühe davon überzeugt werden, daß ein solcher Waffenstillstand möglicherweise die letzte Chance ist, weiteren Staatsverfall zu vermeiden – und die Gefahr, dafür persönlich haftbar gemacht zu werden. Diese zentrale Sorge des launischen



Präsident Jelzin, Regierungschef Primakow

Kreml-Chefs sucht Primakow zugleich durch einen Gesetzentwurf zu zerstreuen, der Jelzin nach Ausscheiden aus dem Amt Immunität vor Strafverfolgung, 80 Prozent seines bisherigen Gehalts und freie Fahrt auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln verspricht. Anwärter auf die Jelzin-Nachfolge argwöhnen, Primakows Plan sei eine Verfassungskorrektur auf kaltem Wege und stärke einseitig die Regierung. Ver-

schnupft kommentierte der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Luschkow, der sich Hoffnungen auf den Kreml-Posten und vorgezogene Neuwahlen macht: Primakows Vorschläge „verringern das Gewicht und die Bedeutung des Präsidentenamtes“.

Dritte Welt

Deutsche an die Front

Der zu Hause schwer gerüffelte Bundeskanzler profiliert sich als Entwicklungspolitiker. Vor dem Besuch des Weltbank-Präsidenten James Wolfen-

sohn vorige Woche in Bonn erläuterte Gerhard Schröder in einem Artikel für die Londoner „Financial Times“ die „Kölner Schuldeninitiative“: Die Bundesregierung will auf dem G-8-Gipfel im Juni in der Domstadt dafür eintreten, armen Ländern der Dritten Welt die Schulden zu erlassen (Gesamtvolu-

men: 2,2 Billionen Dollar, für Bonn 35 Milliarden Dollar). Rückzahlungsverpflichtungen verhindern die Wirtschaftsentwicklung in zahlreichen Staaten, darunter 41 Ländern, die nach Erkenntnissen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds am höchsten verschuldet sind (siehe Grafik).

